

unsere zeit

EXTRA

www.DKP.de



Ich stelle mir vor, jeder Mensch, der einen Arbeitsplatz sucht, bekommt auch einen. Ich stelle mir vor, nach der Arbeit sind die Menschen nicht ausgelaugt und gestresst, sondern beide, Frau und Mann, haben ausreichend Zeit für sich, die Kinder und den Haushalt. Sie haben genug Zeit und finanzielle Mittel für kulturelle, politische oder sportliche Aktivitäten.

Arbeitshetze und Burnout, Angst um den Job und vor sozialem Abstieg, Depressionen aufgrund von Erwerbslosigkeit oder Stress auf der Arbeit – all dies gibt es nicht mehr. Ich stelle mir vor, es gibt keine unterbezahlten und Minijobs mehr, keine Vollzeitjobs, von denen man nicht leben kann, und kein Hartz IV.

Ein Traum? – Noch.

Sozialismus? – Noch nicht.

Aber es wäre ein Schritt hin zu einem gerechten, solidarischen und selbstbestimmten Leben.

Runter mit der Arbeitszeit!

Wie das gehen soll? Mit einer verkürzten Regelarbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Eine gerechte Verteilung der Arbeit auf Arbeitslose und Erwerbstätige trägt den Interessen aller Rechnung. Nur so kann die massive Unterbeschäftigung, von der besonders Frauen betroffen sind, beendet werden. Arbeitslose Frauen können wieder in den Beruf und Frauen, die in Minijobs oder in prekärer Teilzeit arbeiten, haben endlich die Chance auf eine Vollzeitstätigkeit. Altersarmut als Folge von weiblicher Unterbeschäftigung wird reduziert.

In typischen Frauenberufen wie Pflege, Erziehung und Handel tritt eine deutliche Stressverminderung ein. Dadurch, dass auch Männer kürzer arbeiten, kann die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung abgebaut werden. Das ist die Voraussetzung



Foto Shari Deymann

**30 STUNDEN!
SIND GENUG!**

für ein harmonisches und solidarisches, für ein gleichberechtigtes Zusammenleben. Arbeitszeitverkürzung schafft Bedingungen für das Ende der Massenarbeitslosigkeit, die Humanisierung der Arbeit, die freie Persönlichkeitsentwicklung und

gleichberechtigte Partnerschaften.

Die Geschichte des Kapitalismus ist auch eine Geschichte des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit. Heute ist dieser Kampf notwendiger denn je.

Jetzt kommt es auf uns an!

Heraus zum 8. März!

Der mutige Streik der Textilarbeiterinnen in Manhattan für mehr Lohn und gleiche Rechte im Jahr 1909 gilt als Wiege des Internationalen Frauentages. Ein Jahr später wurde der Vorschlag Clara Zetkins, den 8. Mai zum Internationalen Frauentag zu erklären, in Kopenhagen vom 2. Internationalen Kongress sozialistischer Frauen angenommen. Auch 2015 werden an diesem Tag Frauen in der ganzen Welt für Gleichberechtigung, gegen Unterdrückung, Krieg und Militarismus auf die Straße gehen.

Die DKP fordert:

- Verbot von Minijobs und Leiharbeit!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro!
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Weg mit Hartz IV!
- Bedarfsdeckende Versorgung mit Ganztagsplätzen in Kitas und Schulen
- Nein zur Rente mit 67!
- Qualifizierte Bildung und Ausbildung!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Frauen verdienen für ihre Arbeit 22 Prozent weniger als Männer. Betroffen von geringfügiger Beschäftigung und Dumpinglöhnen sind deutlich häufiger Frauen als Männer. Jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit. Armut und vor allem Altersarmut in Folge niedriger Löhne und Pausen in der Erwerbsbiographie sind weiblich. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – das ist eine Forderung der Frauenbewegung seit ihren Anfängen. Sie ist bis heute nicht verwirklicht – im Gegenteil. Wir müssen stärker um sie kämpfen, nicht nur am Frauentag.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist nicht nur eine Forderung der Frauen. Ein Pfleger im Osten der Republik bekommt bei gleicher Qualifikation mehrere hundert Euro weniger im Monat als der Westkollege. Massiv sind die Lohnunterschiede zwischen Stammebelegschaften und LeiharbeiterInnen. Hier ist Deutschland Spitzenreiter in Westeuropa.

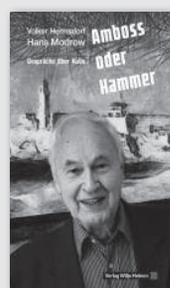
Deutschland sollte gestärkt aus der Krise hervorgehen, so das Diktat von CDU-Kanzlerin Angela Merkel. Deutschland ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen – als Niedriglohnland auf Kosten der Beschäftigten. Mehr als 8 Millionen Beschäftig-

te arbeiten im Niedriglohnsektor, viele als LeiharbeiterInnen. Mehr als zwei Drittel von ihnen arbeiten für Stundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle.

Die DKP richtet sich gegen jede Spaltung. Sie kämpft gegen das Auspielen von Männern gegen Frauen, von Jung gegen Alt, Ost gegen West, Erwerbslose gegen Beschäftigte, Leiharbeiter gegen Stammebelegschaften, deutsche gegen ausländische KollegInnen, von Standort gegen Standort im In- und Ausland. Die Spaltung der Arbeiterklasse ist der durchsichtige Versuch von den Verursachern der Krise abzulenken.

Die Antwort heißt: Frauen und Männer gemeinsam und solidarisch für höhere Löhne, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – auch bei den laufenden und anstehenden Tarifrunden unter anderem in der Metall- und Elektroindustrie, im Öffentlichen Dienst und bei den Sozial- und Erziehungsdiensten.

Progressive Literatur Verlag Wiljo Heinen



Volker Hermsdorf / Hans Modrow
Amboss oder Hammer
Gespräche über Kuba

Nachdenkliche Reflexionen über Kuba zwischen dem westdeutschen Journalisten und dem ostdeutschen Politiker.

»... äußerst informativ..., empfehlenswert für Kuba-Anfänger wie Kuba-Kenner, für Kuba-Versteher wie für jene, die es werden wollen.« (Martin Schwander, Journalist und Buchautor)

ISBN 978-3-95514-020-5
Klappenbroschur, 429 S. | 16,- €

www.gutes-lesen.de



Der 8. März – gestern und heute

Am 27. August 1910 wurde von der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Initiative von Clara Zetkin und Käthe Duncker die alljährliche Durchführung eines internationalen Frauentages beschlossen. Der erste fand am 19. März 1911 statt. Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA – und nicht nur Arbeiterinnen – beteiligten sich. Die zentralen Forderungen waren: Kampf dem imperialistischen Krieg, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Arbeitsschutzgesetze, ausreichender Mutter- und Kinderschutz. Achtstundentag, gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, Festsetzung von Mindestlöhnen.

Clara Zetkin erklärte auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris bereits 1889, dass „die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für sich bestehende ist, sondern

ein Teil der großen sozialen Frage“. Der letzte „Grund der jahrtausendalten niedrigen gesellschaftlichen Stellung des weiblichen Geschlechts“ sei nicht in der jeweils „von Männern gemachten“ Gesetzgebung, „sondern in den durch wirtschaftliche Zustände bedingten Eigentumsverhältnisse zu suchen“.

Deshalb sind unsere Forderungen und Forderungen als Kommunistinnen zum 8. März auch heute: Organisiert euch – über Ländergrenzen hinweg –, seid solidarisch und kämpft: für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, soziale Sicherung und die Zukunft eurer Kinder, für politische Gleichberechtigung, gegen Krieg und Flüchtlingselend, gegen Rassismus und Faschismus!

Kämpft für eine andere, eine friedliche, eine sozial gerechte und solidarische Welt! Für uns ist das der Sozialismus.

TTIP muss weg!



Unter größter Geheimhaltung werden zwischen den USA und der EU seit 2013 Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP geführt. Selbst Abgeordnete des Europaparlaments oder des Bundestages werden nicht informiert. Ganz zu schweigen von der Bevölkerung. Auf der anderen Seite sitzen einige hundert Wirtschaftslobbyisten und Unternehmer mit am Verhandlungstisch, um ihre Interessen direkt in den Vertrag zu diktieren.

TTIP ist kein klassisches Freihandelsabkommen. Es geht nicht um das Abschaffen von Zöllen und Handelsschranken, die es zwischen EU und den USA ohnehin kaum noch gibt. Es geht um den Abbau sogenannter „nicht-tarifärer Handelshemmnisse“. Dazu zählt alles, was für Konzerne Kosten verursacht und damit ihre Gewinne schmälert: Rechte von Beschäftigten, Lohnniveau, Arbeits-, Kündigungs- und Verbraucherschutz, Sozial-, Gesundheits- und Umweltauflagen und die staatliche Förderung von Bildung und Kultur. All das soll massiv eingeschränkt, auf das jeweils niedrigste Niveau gedrückt oder gleich ganz beseitigt werden.

TTIP ist die Unterwerfung von ganzen Staaten unter die Kapitalinteressen großer Konzerne. Wenn es in Kraft tritt, können zum Beispiel US-Konzerne europäische Staaten verklagen, wenn deren Gesetze ihre Gewinne schmälern.

TTIP – Eine Gefahr für Frauen

TTIP bedeutet sozialen Kahlschlag und trifft damit Frauen besonders hart. Ein Hauptanliegen des Ab-

kommens ist die Liberalisierung des „Handels mit Gütern und Dienstleistungen“. Die Konzerne versprechen sich davon Milliardengewinne durch das Absenken von Sozialauflagen und Beschäftigtenrechten. In Deutschland arbeiten mehr als 80 Prozent aller erwerbstätigen Frauen im Dienstleistungssektor.

TTIP wird zu einer neuen Welle von Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge führen. Auch hier sind von Arbeitsplatzabbau und Dumpinglöhnen zum Beispiel im Gesundheitswesen Frauen besonders betroffen. Eingeschränkt wird zudem der freie Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, der von großer Bedeutung ist für die Reduzierung von Gesundheitsrisiken, Altersarmut, die vor allem weiblich ist, und ein selbstbestimmtes Leben. Frauen sind noch immer Schlüsselfiguren in der Daseinsvorsorge für ihre Familien und ihr Umfeld.

TTIP bedeutet ausschließlich Freiheit und Gewinne für Konzerne. Es geht um die Verbesserung ihrer Profitbedingungen auf Kosten der Beschäftigten und des Großteils der Bevölkerung.

Deshalb: Nein zu den Freihandelsabkommen der Banken und Konzerne! TTIP muss vom Tisch! Die DKP unterstützt das Bündnis „Stopp TTIP“ und sammelt mit 350 Organisationen in Europa Unterschriften für eine Europäische Bürgerinitiative, um die Verhandlungen zwischen den USA und der EU zu stoppen. Ende Januar 2015 hatten bereits 1,3 Millionen Europäerinnen unterschrieben.

Weitere Infos: www.stop-ttip.org

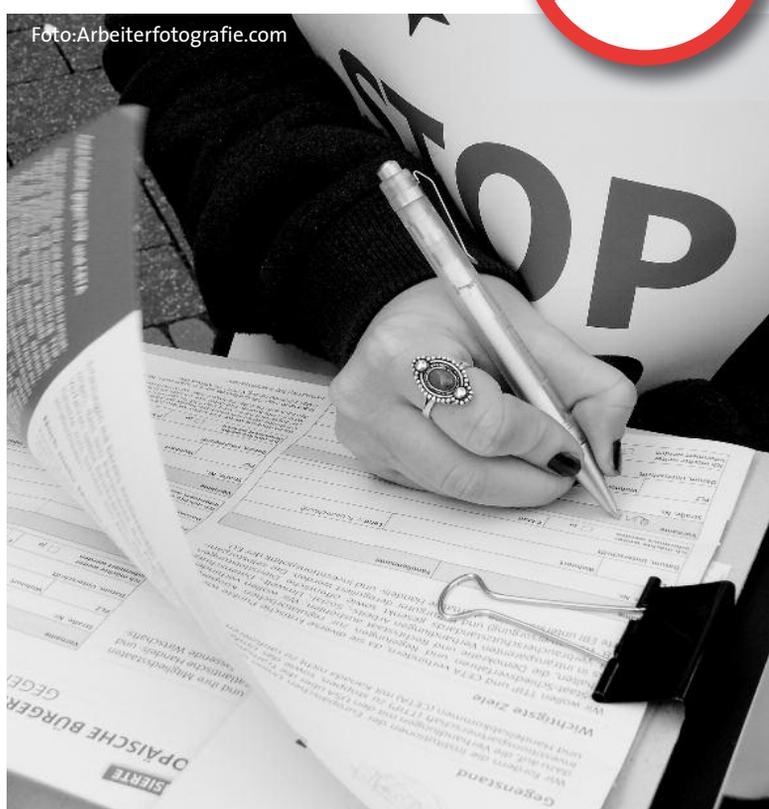


Foto:Arbeiterfotografie.com

Armut ist weiblich

Zwischen 2008 und 2013 ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland, die unterhalb der Armutsgrenze leben mussten, auf 3,1 Millionen angewachsen. Eine Steigerung um 25 Prozent.

Umfragen ergaben, dass 379 000 der arbeitsgefährdeten Erwerbstätigen 2013 ihre Miete nicht rechtzeitig bezahlen konnten. 417 000 verzichteten auf ein angemessenes Heizen und 538 000 sparten beim Essen, indem sie nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich nahmen. Für rund jeden zweiten Betroffenen (1,5 Millionen) sei bereits ein einwöchiger Urlaubsaufenthalt im Jahr nicht bezahlbar gewesen.

Vor allem durch Teilzeit und Jobs im Niedriglohnssektor sind Frauen aller Altersgruppen besonders betroffen. Das gilt auch für die dramatische Altersarmut. Rund 2,3 Millionen über 65-Jährige leben in diesem Land unter der Armutsschwelle von 869 Euro im Monat.

Weltordnung im Umbruch

Friedlich oder militärisch?

Im Übergang zur Multipolarität Beate Landefeld ★ **China im Mittelpunkt der amerikanischen Militärstrategie** Marc Botenga ★ **Obamas Anspruch auf eine globale Vorwärtverteidigung** Kai Ehlers ★ **Die Ukraine und Deutschlands Griff nach Osten** Jürgen Wagner ★ **Das Hackenknallen der Atlantiker** Klaus Wagener ★ **Das Putinsche Russland – Machtverhältnisse und Politik** Willi Gerns ★ **Lage und Perspektive der lateinamerikanischen Integration** Carlos Arrue Puelma

Weitere Themen u. a.:

Detlef Hensche, Koalitionsfreiheit unter Beschuss | **Tariq Ali u. Allyson Pollock**, Ursprünge der Ebolakrise | **Evo Morales**, Für eine weltweite Gemeinschaft der Völker | **Hermann Klenner**, Grundsätzliches zum Rechtsstaat | **Reiner Zilkentat**, Die „Fischer-Kontroverse“ | **Phillip Becher**, Die bürgerliche „Partei neuen Typs“ – Faschismusdeutung der italienischen Kommunisten | **Lucas Zeise**, Weltwirtschaftskrise, Kriege und Kriegsgefahr | Diskussionsbeiträge von **Andreas Wehr** und **Arnold Schölzel**, Russland – imperialistischer Konkurrent oder Friedensmacht?

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen · Tel.: 0201-23 67 57

www.marxistische-blaetter.de



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €



Foto Shari Deymann

Das bisschen Haushalt ...

Im Alter werden sie für ihre Bereitschaft, viele Jahre unbezahlte Familienarbeit zu leisten, mit einer Rente belohnt, die oft zum Leben nicht reicht. Sie liegt im Schnitt 50 Prozent unter der eines Mannes. Armut im Alter als Dank für lebenslanges Arbeiten – Daran zeigt sich die fehlende gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung der notwendigen Reproduktionsarbeit. Dabei werden den Frauen große Summen vorenthalten. Nach einer Berechnung des Familienministeriums betrug 2001 die Gesamtwertschöpfung aus der unbezahlten Haus- und Familienarbeit 820 Milliarden Euro. Zugrunde gelegt wurde das durchschnittliche Gehalt einer Hausangestellten mit 7 Euro Brutto und die Ausgaben für Lebensmittel und Kücheneinrichtung hinzugerechnet.

Gering geschätzt wird auch die bezahlte Arbeit im Haushalt, zum Beispiel die Pflege von Alten, Kranken und Behinderten sowie die Erziehung von Kindern. Das zeigt sich vor allem an der geringen Entlohnung in diesen Dienstleistungs-, pflegerischen und sozialen Berufen. Ohne die unbezahlten und gering bezahlten Arbeitsleistungen der Frauen in der Familie, der Pflege und Erziehung würde das kapitalistische System nicht funktionieren. Es macht sich die patriarchalischen Strukturen der Gesellschaft zu

Nutze, um den Großkonzernen hohe Gewinne zu ermöglichen.

Wir fordern, dass „typische Frauenberufe“ wie Erzieherin, Altenpflegerin, Krankenschwester und Hausangestellte gesellschaftlich aufgewertet werden. Neben Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich müssen die Beschäftigten, die in diesen Bereichen besonderen körperlichen und psychischen Druck ausgesetzt sind und eine hohe Verantwortung tragen, deutlich höher entlohnt werden.

Notwendig finden wir es zugleich, dass die Hausarbeit nicht länger den Frauen überlassen wird, sondern Männer sich daran selbstverständlich beteiligen. Voraussetzung dafür sind aber Arbeitsverhältnisse, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter ausrichten und die Familie und Beruf für Männer und Frauen in Einklang bringen lassen. Auch hier ist das Stichwort: Arbeitszeitverkürzung.

Auch im 21. Jahrhundert wird die unbezahlte Haus- und Familienarbeit überwiegend von Frauen geleistet. Dafür stehen sie deutlich seltener als Männer im Berufsleben. Im Jahr 2000 waren laut OECD Männer zu 92 Prozent im bezahlten Erwerbsleben, während Frauen mit einem Kind nur zu 70 Prozent, mit zwei Kindern nur 56 Prozent berufstätig waren. Die mei-

sten Mütter arbeiten zudem in Teilzeit (69 Prozent) oder sind geringfügig beschäftigt. Selbst Frauen ohne Kinder arbeiten zu 45 Prozent in Teilzeit.

Frauen, die in der traditionellen Rolle als Familienmanagerin leben, sind wegen des nicht vorhandenen oder geringen Einkommens vom Lohn und der Gesundheit ihres Ehemannes abhängig.

Frauenquote beim Bund?

Die Bundeswehr sorgt sich um ihre Zukunft. Um ausreichend „freiwillige“ Rekruten zusammenzukriegen, rollen Werbetrucks durchs Land, stehen Offiziere in Klassenzimmern oder als „Karriereberater“ getarnt im Jobcenter. Neulich wurde sogar ein „Attraktivitätssteigerungsgesetz“ beschlossen, um Geld locker zu machen für schönere Kasernen, Play-Stations und Zulagen für „besondere Erschwernisse“. Geworben wird mit der Aussicht auf Teilzeitdienst und Kinderbetreuung.

Kriegsministerin von der Leyen freut sich besonders, dass der Anteil von Frauen in der Armee immer weiter steige. Jetzt will sie sogar eine Frauenquote einführen.

Wie stellt sie sich das vor? Im Jahr 2025 muss jeder fünfte Elitesoldat eine Frau sein? Jeder dritte Luftangriff muss von Pilotinnen geflogen werden? Mindestens 15 Prozent der Kollateralschäden, also der nebenbei getöteten Zivilisten, müssen das Werk von Soldatinnen sein?

Wer jetzt sagt, es sei doch gut, wenn Frauen gefördert werden, der

sei daran erinnert: es war kein Fortschritt für uns Frauen, als der Europäische Gerichtshof 2000 erklärte, man müsse uns zum „Dienst an der Waffe“ zulassen. Dienen, gehorchen, Befehle ausführen und für die Interessen der Banken und Konzerne in fremde Länder ziehen, um zu morden, hat weder mit Gleichberechtigung noch mit Emanzipation zu tun. Heute sind 2300 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz, darunter 200 Frauen. Das sind nicht nur 200 Frauen zu viel, das sind 2300 Menschen zu viel.

Mehr wert!

Die Gewerkschaften ver.di und GEW wollen für die 300 000 Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst eine neue Entgeltordnung und damit deutlich höheren Löhne durchsetzen. Nach Ostern könnte es zu Streiks der ErzieherInnen in den Kindertagesstätten kommen.

Mit gut 527 000 Beschäftigten haben die Kitas die weitest ausmeisten Beschäftigten – vor allem Frauen – in sozialen Berufen, davon 355 000 ErzieherInnen und knapp 61 000 KinderpflegerInnen. Nur etwa 40 Prozent von ihnen arbeiten Vollzeit, im Osten sogar nur 25 Prozent.

Die GEW hat berechnet, dass der Durchschnittslohn von Erzieherinnen in diesem Land um gut 640 Euro unter dem Durchschnittsgehalt aller Erwerbstätigen liegt. Wohl gemerkt bei einer Vollzeitstelle, die nur jede zweite Erzieherin hat.



Die Frau als Ware

2002 trat in Deutschland ein liberalisiertes Prostitutionsgesetz in Kraft, angeblich um die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern. Heute, 13 Jahre später, ist klar, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Verbessert hat sich die Situation der Bordellbesitzer, die ganz legal von „Sexarbeiterinnen“ 170 Euro Miete am Tag für ein kleines Zimmer kassieren können. Verbessert hat sich die Situation der Freier, die sich legal auf dem Straßenstrich und in Flatrate-Bordellen „Dienstleistungen“ kaufen können.

Und auf der anderen Seite? Weniger als 1 Prozent der Prostituierten hat einen Arbeitsvertrag, kaum eine hat eine Krankenversicherung. Das Prostitutionsgewerbe ist neben Drogen- und Waffenhandel das Geschäft mit der höchsten Profitrate, aber der Verdienst für die Frauen ist seit der Legalisierung deutlich gesunken.

Dank der Legalisierung boomt der Frauenhandel. Es fehlen Aus-

stiegsprogramme und Schutz vor Abschiebung. Das kapitalistische System ist eine Ursache für die Not- und Zwangslage der Frauen. Ein klares Zeichen gegen Prostitution, ein Aufschrei gegen die Versklavung von Frauen, das Benennen von der Erbärmlichkeit, sich Frauen für die eigene Befriedigung zu kaufen, das Aufzeigen der Menschenverachtung, könnte dazu beitragen, dass es auch in den Ehebetten nicht mehr normal ist, dass Männer über Frauen verfügen.



Ein Leben frei von Gewalt – dieses Menschenrecht wird Mädchen und Frauen weltweit verwehrt. Die WHO benennt die Gewalt gegen Frauen als eines der größten globalen Gesundheitsrisiken mit epidemischem Ausmaß. Auch in Deutschland hat nahezu jede zweite Frau körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren oder leidet auch nach Jahren noch an den Spätfolgen von Drohungen und Psychoterror.

Gewalt gegen Frauen hat viele Erscheinungsformen: Von der sexuellen Belästigung über Einschüchterung, Bedrohungen und Prügel bis hin zur Vergewaltigung. Und es sind seltener die dunklen Parks oder „Angst-Ecken“, die zu Tatorten wer-

den: Gewalt gegen Frauen wird hauptsächlich durch (Ex-)Partner im häuslichen Bereich verübt. Frauen in Trennungs- oder Scheidungssituationen sind besonders gefährdet Opfer von Gewalt durch den Ex-Mann zu werden. Finanzielle und rechtliche Abhängigkeiten können schlimmstenfalls tödlich sein! Frauenhäuser sind immer noch notwendig und brauchen endlich eine verlässliche Finanzierung!

Gewalt gegen Frauen und Kinder, von Männern ausgeübt, ist alltäglich und kommt in allen gesellschaftlichen Schichten vor. Es ist kein individuelles Problem, sondern Ausdruck patriarchaler Machtstrukturen in dieser Gesellschaft. Frauen, setzt Euch zur Wehr!

Solidarität mit Flüchtlingen

80 Prozent der Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, um Krieg, Verfolgung, Armut oder dem Tod zu entkommen, sind Frauen – oft mit ihren Kindern. Die wenigsten von ihnen schaffen es bis nach Europa. Flüchtlinge, denen es gelingt, die EU-Außengrenzen zu überwinden, sind zu 75 Prozent männlich. Dafür sorgt nicht zuletzt die militärische Abschottung der EU-Außengrenzen. Anstelle von Zuflucht finden tausende Flüchtlinge den Tod im Mittelmeer.

Die DKP fordert: Grenzen auf für alle und ein dauerhaftes Bleiberecht!

Wir solidarisieren uns mit allen hier lebenden Flüchtlingen und fordern die Abschaffung der rassistischen Sondergesetze und stattdessen das Recht auf Arbeit und vernünftigen Wohnraum für Flüchtlinge.

UZ SHOP

„100% UZ – 100% ROT“



4-Wochen-Probeabo - unsere zeit - GRATIS!
Vier Wochen UZ lesen - ohne weitere Verpflichtung



Kapuzenpullover 24,- €
T-Shirt ODER Girlie-Shirt 14,- €
Motiv „Tag der Befreiung“
Schwarz, Aufdruck Rot + Elfenbein,
Baumwolle, Öko-Siegel; Größen: M, L, XL oder XXL



Kaffeetasse / Kaffeebecher 7,- €
Motiv „Tag der Befreiung“
Rot, Aufdruck Schwarz + Elfenbein,
95 mm x 80 mm, Füllmenge 300 ml



Kapuzenpullover 22,- €
T-Shirt 12,- €
Motiv „Rosa“ + DKP Logo
Schwarz, Aufdruck Rot, Baumwolle
Öko-Siegel, Größen: M, L, XL oder XXL



Kapuzenpullover 22,- €
T-Shirt 12,- €
Motiv „Che“ + DKP Logo
Schwarz, Aufdruck Rot, Baumwolle
Öko-Siegel, Größen: M, L, XL oder XXL



Aktionstasche 15,- €
Motiv „uz - unsere zeit“
Mit Schulterriemen, gepolstert,
Rot, Aufdruck Weiß,
4 separate Fächer, Größe: 40 x 34 x 11 cm



Schal 10,- €
Motiv „DKP“
Rot, Schrift Weiß, Länge: ca. 135 cm

Schal 10,- €
Motiv „Trotz alledem!“
Rot, Schrift Weiß, Länge: ca. 135 cm



UZ-Dokumentation 5,- €
Gegen die imperialistischen Kriege
(Broschüre, DIN-A 5, 64 Seiten)

UZ-Dokumentation 5,- €
Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage
(Broschüre, DIN-A 5, 64 Seiten)



Programm der Deutschen Kommunistischen Partei 2,- €
(Broschüre, DIN-A 5, 54 Seiten)

Antworten der DKP auf die Krise 1,- €
(Broschüre, DIN-A 5, 34 Seiten)

Hiermit bestelle ich verbindlich folgende Artikel (Lieferung per Rechnung):

Artikel	Beschreibung	Preis	Anzahl	Größe!
Kapuzenpullover	70 Jahre Befreiung	24,- €		
T-Shirt	70 Jahre Befreiung	14,- €		
Girlie-T-Shirt	70 Jahre Befreiung	14,- €		
Kaffeebecher	70 Jahre Befreiung	7,- €		
Kapuzenpullover	Rosa + DKP-Logo	22,- €		
Kapuzenpullover	Che + DKP-Logo	22,- €		
T-Shirt	Rosa + DKP-Logo	12,- €		
T-Shirt	Che + DKP-Logo	12,- €		
Aktionstasche	UZ - unsere zeit	15,- €		
Schal	DKP	10,- €		
Schal	Trotz alledem!	10,- €		
Broschüre	Gegen die imperialistischen Kriege	5,- €		
Broschüre	Die Wohnungsfrage ...	5,- €		
Broschüre	Programm der DKP	2,- €		
Broschüre	Antworten der DKP auf die Krise	1,- €		
4-Wochen-Probeabo	UZ - unsere zeit	0,- €		
	Porto & Verpackung	2,- €		
	Summe (beinhaltet MWST)			

Absender (Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen):

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ / Ort _____ Datum, Unterschrift: _____

Bestellungen an:

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen

E-Mail: info@unsere-zeit.de
Tel 0201 17788923 · Fax 0201 17788928

Ostern auf die Straße!



Auch in diesem Jahr werden an den Ostertagen im ganzen Land Tausende für Frieden und Abrüstung demonstrieren. Auch die DKP ruft zur Beteiligung an den traditionellen Ostermärschen auf. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Aufruf des Ostermarsches Rhein Ruhr:

70 Jahre nach Ende des II. Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus erinnern wir an die deutsche Verantwortung für den Frieden und an das Vermächtnis der Nachkriegsgeneration: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Wir stellen jedoch mit großer Sorge fest: die Staaten der EU und der NATO rüsten weiter auf und setzen

fast ausschließlich auf eine militärische Durchsetzung ihrer Interessen. Auf der NATO-Konferenz im Herbst 2014 wurde von den Mitgliedsländern gefordert, ihre Militärhaushalte auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das würde bedeuten, dass Deutschland statt aktuell 33 Mrd. Euro zukünftig 54 Mrd. für Militär und Rüstung ausgeben müsste.

NATO und EU betreiben gegenüber Russland eine Konfrontationspolitik. Die Gefahr eines neuen Krieges mit dem Risiko eines nuklearen Infernos wächst.

Krieg beginnt auch in NRW und hier muss er verhindert werden!

Krieg beginnt in Rüstungsunternehmen in NRW: Sie liefern die

Waffen für Kriege und in Krisenregionen in aller Welt; Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur. In NRW stellten Unternehmen wie Rheinmetall in Düsseldorf und Thyssen-Krupp in Essen Waffen her, ein „Mordsgeschäft“. Im Jahr 70 nach der Befreiung von Krieg und Faschismus und anlässlich des 8. Mai erinnern wir daran, dass Konzerne wie Rheinmetall und Krupp sowie Thyssen zu jenen gehörten, die den Faschismus mit herbeiführten und die an Krieg und Massenmord profitiert haben.

Wir fordern das Verbot von Rüstungsexporten und die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter.



deutsche Arbeiterbewegung ein Tag der Befreiung und der Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Deutschland. Mit weit über 20 Millionen Toten und einer in weiten Teilen zerstörten Infrastruktur im Land war es das sowjetische Volk, das unter den Mitgliedern der Anti-Hitler-Koalition die Hauptkriegslast trug – und es war die Rote Armee, die den entscheidenden Anteil zum militärischen Sieg über Nazi-Deutschland beitrug.

An dieser Stelle sagen wir Danke! Danke, Polina Gelman!

Krieg beginnt in Schulen und Universitäten in NRW. Die Bundeswehr hat in NRW über eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium Zutritt zu den Schulen. Mit sogenannten Karriereberatern in Schulen und Arbeitsagenturen will sie junge Menschen für den Soldatenberuf anwerben. An Universitäten in NRW wird auch für die Rüstung geforscht.

Wir fordern eine Schule ohne Bundeswehr. Keine militärische Forschung an den Hochschulen!

www.ostermarsch.info

Antifa-Karawane in den Donbass

Die DKP unterstützt die Antifa-Karawane des italienischen Bandprojekts Banda Bassotti. Die Musiker werden mit Dutzenden AntifaschistInnen aus Europa im Mai anlässlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus in die Ostukraine fahren, um der Bevölkerung dort mit einer Konzerttour den Rücken zu stärken und Solidarität zu zeigen.

Mit Unterstützung von NATO, EU und der deutschen Bundesregierung führt die mit Faschisten durchsetzte ukrainische Regierung Krieg gegen die Bevölkerung des Donbass. Ukrainische Armee und faschistische Bataillone greifen Wohnviertel an, zerstören die Infrastruktur und verschlimmern mit jedem weiteren Kriegstag die Lage der Menschen. Antifaschisten und Kommunisten werden verfolgt.

Wir sammeln Spenden für die Finanzierung der antifaschistischen Karawane von Banda Bassotti. Nach der Reise werden die TeilnehmerInnen der Karawane in ihren Ländern über die Situation im Donbass informieren.

Spenden an:
 DKP-Parteivorstand
 KtoNr.: 4002487502
 BLZ: 43060967
 IBAN: DE36430609674002487502
 BIC: GENODEM1GLS
 Stichwort: Kampffonds/Banda Bassotti

Wir sagen Danke!



Polina Gelmann war Offizierin der sowjetischen Luftwaffe und trug die Auszeichnung „Held der Sowjetunion“. Sie flog im Zweiten Weltkrieg 860 Einsätze – unter anderem im Frauenregiment „Nachthexen“ der sowjetischen Luftwaffe.

Am 8. Mai 2015 jährt sich die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Wehrmacht. Was für die Führungsriege der NSDAP, für die Nazi-Generäle, Großindustriellen und Banker eine Niederlage war, war für den überwiegenden Teil der Menschen eine Befreiung. Millionen Menschen – Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Mitglieder der KPD, der SPD, der Gewerkschaften und andere – sind der faschistischen Barbarei bis zu diesem Tag zum Opfer gefallen. Der 8. Mai war für die Überlebenden der Konzentrationslager, für die durch den Faschismus unterdrückten Völker, aber auch für die deutsche Bevölkerung und insbesondere die

BLOCK EZB



Am 18. März 2015 will die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier eröffnen. Der 185 Meter hohe Zwillingsurm samt Sicherheitszaun und Burggraben hat 1,3 Milliarden Euro gekostet. Ansonsten ist die EZB nicht so freizügig. Gemeinsam mit IWF und der Europäischen Kommission bildet sie die Troika, die verantwortlich für brutale Kürzungen, für

wachsende Erwerbslosigkeit und sogar für den Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Griechenland und anderen EU-Staaten ist. Gemeinsam mit dem Bündnis Blockupy sagen wir: Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung! Wir rufen dazu auf, nach Frankfurt zu kommen und die Straßen rund um den Eurotower zu blockieren.
www.blockupy.org



Veranstaltung zum Internationalen Frauentag Bombenstimmung

Mehr als 100 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag erschüttern Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen die Welt, bringen maßloses Leid über die Menschen, ganz besonders über die Frauen.

Doch Frauen sind nicht nur Opfer, Frauen sind auch Täter. Frauen, die die aggressive Politik der NATO vertreten, unterstützen und umsetzen. Frauen, die im Dienst des Kapitals über Leichen gehen.

Frauen wie Angela Merkel und Ursula von der Leyen. Der DKP-Frauenarbeitskreis Essen bringt zum diesjährigen Internationalen Frauentag die Anti-Kriegs-Revue „Bombenstimmung“ auf die Bühne, die nicht ernst, aber ernst zu nehmen ist, und bei der einem das Lachen im Halse stecken bleibt.

- ★ 8. März: Essen, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswand-Allee 100, 12 Uhr
- ★ 14. März: Berlin, Habbema, Bühne der Peter-Hacks-Gesellschaft, Mühlhauser Str. 6/Ecke Prenzlauer Allee, 15 Uhr



Festival der Jugend

Die SDAJ lädt Pfingsten vom 22. bis 25. Mai nach Köln zum Festival der Jugend ein (Kölner Jugendpark, Sachsenbergstraße, 51063 Köln). Geboten wird ein volles Programm mit Diskussionen, Vorträgen, Konzerten, Sport und Spiel. Wer einfach vorbeikommen will, kann das tun. Es gibt aber auch Dauerkarten, die Frühstück, Mittagessen (auch vegan) sowie

den Zeltplatz beinhalten. Im Vorverkauf (bis Anfang April) kosten die normalen Karten 25 Euro und die Solikarten 35 Euro. Die regulären Kartenpreise sind 28 Euro bzw. 38 Euro und können am Eingang gekauft werden.

Weitere Infos: www.festival-der-jugend.de
Zur Finanzierung des Festivals verkauft sie SDAJ Soli-Buttons für 5 Euro, die es bei jeder SDAJ-Gruppe und beim UZ-Shop gibt.

Ja, ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name, Vorname

Straße, Nr

PLZ / Ort

E-Mail

Ausfüllen & abschicken an: DKP Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45217 Essen, dkp.pv@t-online.de

Antifa-Konferenz der DKP

Die DKP lädt anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus zu einer antifaschistischen Konferenz in Berlin ein.

In Vorträgen und Kulturbeiträgen werden die Rolle der Roten Armee und der Kommunistischen Partei, das antifaschistische Erbe der DDR ebenso beleuchtet wie die Europastrategien des deutschen Imperialismus. Geschätzt werden auch Rolle und Funktion von reaktionären Bewegungen und Organisationen heute. In einer Podiumsdiskussion diskutiert Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, mit Vertretern der Friedens- und antifaschistischen Bewegung zum Thema „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – Strategien im Kampf für den Frieden!“

2. Mai, 11 bis 18 Uhr, ND-Haus, Münzenberg-Saal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
www.news.dkp.de



JEDER POSITION BRAUCHT EINEN MUTIGEN DER SIE BEZIEHT